

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Frisch (AfD)

Armutrisiko bei Familiengründung

In ihrer Ausgabe vom 22. Januar 2019 berichtet die Rhein-Zeitung (Ausgabe Koblenz, S. 15) von der besorgniserregenden Entwicklung wachsenden Armutsrisikos im Zuge von Familiengründungen im Kreis Neuwied. Besonders betroffen seien schwangere Frauen und Alleinerziehende. Zitiert wird unter anderem eine Diakonie-Mitarbeiterin, deren Einschätzung nach „die Angst, durch ein Kind sozial abzurutschen“ in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen habe.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Verfügt die Landesregierung über Erkenntnisse, inwiefern das beschriebene Problem ein landesweites Phänomen ist?
2. Verfügt die Landesregierung über Erkenntnisse hinsichtlich der quantitativen Entwicklung des beschriebenen Problems innerhalb der letzten 20 Jahre?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das Verarmungsrisiko für schwangere Frauen, Alleinerziehende und junge Familien in Rheinland-Pfalz zum gegenwärtigen Zeitpunkt?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um das Verarmungsrisiko dieser Personengruppen zu minimieren?
5. Welche Hilfsangebote stehen Betroffenen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung?

Michael Frisch